

# Bremer Rundschau



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei | Bremen  
48. Jahrgang Nr. 4 IV / 2025

## Ertappt! Rücktritt von Grünen-Senatorin Kathrin Moosdorf

von Kathrin Alapas

Die Grüne Kathrin Moosdorf tritt als Bremer Umweltsenatorin zurück.

Hintergrund ist die Frühpensionierung der Grünen-Umweltstaatsrätin Irene Strebl (60), die wahrscheinlich nicht ganz koscher gelaufen ist. Ihre Vorgesetzte Kathrin Moosdorf hatte anfangs davon gesprochen, dass Strebl auf eigenen Wunsch gekündigt hat und deren Arbeit gelobt.

Später hatte Moosdorf behauptet, sie habe *das Vertrauen in ihre Staatssekretärin verloren und sie deshalb in den einstweiligen Ruhestand versetzt*.

Anstößig, weil:

Strebl war genau zwei Jahre und zwei Tage im Amt. Die zwei Tage sichern ihr nun (?) drei Monate weiter volles Gehalt zu, danach drei Jahre 72 Prozent, dann weiter 35 Prozent von ursprünglich 11.400 Euro. Bei nur zwei Jahren Dienstzeit als Staatsrätin wäre das alles futsch.

Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von Frauen (in Bremen von 82 Jahren) würden sich die

Ruhestandsgehälter auf mehr als eine Million Euro belaufen: Dazu Kathrin Moosdorf: "Die Art und Weise, wie dies umgesetzt wurde, hat Vertrauen beschädigt. Dafür übernehme ich die Verantwortung. Die Vorwürfe, Moosdorf habe ihrer Staatsrätin absichtlich diese Vorteile verschafft, sind bislang weder bestätigt, noch widerlegt.

Dumm gelaufen. Wahrscheinlich war die Verlockung der Parteikollegin durch Trickserei Vorteile zu verschaffen doch groß. Es sind ja nur zwei Tage gewesen. Aber zwei Tage, die sich lohnen.

Eine alte sozialistische Losung der Arbeiterbewegung fordert Facharbeiterlohn für alle, damit die Verlockungen der Bereicherung gar nicht erst aufkeimen können und damit die Parlamentarier nicht vergessen, wo sie herkommen und wer sie gewählt hat. Damit geben sich die Verwalter der herrschen Kapitalistenklasse natürlich nicht zufrieden, oder? ♦

---

## DROHNENFLUT



Überall wo du hinschaust oder hinhörst kreisen jetzt auf einmal unbekannte Drohnen. Norwegen, Kopenhagen, Bremerhaven, Kiel und Bremen. Sie kreisen über Flughäfen, Werften, Raffinerien und selbst über dem Landtag von Schleswig-Holstein. Am Bremer Flughafen würde es laut Bremer Polizei, genauso laufen, wenn dort welche wären. Bremens Innensenator verkündete, dass man daran arbeite Abwehrsysteme, wie z.B. Netze legal zu machen. Er setzt wie der Bundesinnenminister stärker darauf die ... weiter auf Seite 3

## Kommentar

Ich habe letzten Sonntag eine WhatsApp von meiner Schwester bekommen, in der sie mich frage, ob ich Büromaterial wie Anspitzer, Klarsichthüllen, Trennstreifen etc., also alles was man im Büro so braucht, entbehren könnte. Weiter schrieb sie, „*ich frage für Lenas Kindergarten. Die haben noch nicht mal etatmäßiges Geld, um sich einen Bleistift zu kaufen. Habe auch Klaus in der Angelegenheit geschrieben. Das ist wirklich traurig.*“

So stellt sich der schon fortgeschrittene Sozialabbau in deutschen Kindergärten, Krankenhäusern, Schulen, Sportvereinen usw. dar.

Ja, da hätte man fast gedacht, mit der Scholz'schen Zeitenwende sei der Boden erreicht. Jetzt dröhnt es zur Rüstungsexplosion: "Unsere Sicherheit und Freiheit sind in einem Maße bedroht, wie es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr der Fall war."

Die stattfindende Kriegsvorbereitung soll durch die schärfsten Sozialkürzungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland finanziert werden. Der Herbst der Reformen ist kein Versuch, den Sozialstaat minimal umzubauen. Dieses Mal geht es an die Grundfeste des Sozialstaates, an die Grundfeste aller sozialer Sicherheiten, an die Grundfeste hart erkämpfter gewerkschaftlicher Errungenschaften, an die Rodung unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Merz spricht vom „Epochenbruch in der Sozialpolitik“. Und Regierungsberater fordern,

dass die „Verrechtlichung ganzer Lebensbereiche“ endlich beendet werden müsse. Rente mit 70, Vorkasse bei Arztbesuchen, die Rückkehr zur 70-Stunden-Woche am Arbeitsplatz. CDU/CSU und SPD haben offenbar alle Denkverbote und Hemmschwellen abgelegt.

Und Sie? Lassen Sie sich von einer Bundesregierung sagen, was den Frieden sichert und was nicht? Lassen Sie sich einreden, was solidarisch und was unsolidarisch ist?

Lassen Sie sich weismachen, dass Russland unser Feind ist oder gehören Sie auch schon zu den braven Deutschen die es toll finden, dass der deutsche Michel wieder einmal kriegstüchtig und marschbereit



werden darf und haben schon mal den Wecker für den 31. August 2029 gestellt?

Und wenn die Russen nicht mitspielen wollen, kümmern sich die deutschen Revanchisten selbst darum, darin haben sie schließlich Erfahrung - Gleiwitzer-Erfahrung. ♦

## BREMER RUNDSCHAU – ZEITUNG DER DKP BREMEN

V.i.S.d.P: Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen

<https://bremen.dkp.de/>



<https://www.instagram.com/dkp.bremen/>

[dkp-bremen@gmx.de](mailto:dkp-bremen@gmx.de)



**Jetzt 6 Wochen  
gratis probelesen**



**unsere zeit**  
Sozialistische Wochenzeitung der DKP

## Debatte um Krankmeldung ohne Attest

Aufgrund des akuten Ärzte- und MFA-Mangels in Deutschland gibt es jetzt eine Debatte, die sich um die Handhabung der Krankmeldung von lohnabhängig Beschäftigten im Krankheitsfall dreht. In Zeiten eines eklatanten Fachkräftemangels in der Medizin könne man es sich nicht leisten, "die Arbeitszeit von Ärzten und ihren Teams mit Bürokratieaufgaben zu verschwenden. Jede Minute fürs Formular fehlt beim Patienten." Zur Entlastung des Gesundheitssystems schlägt die Kassenärztliche Bundesvereinigung erneut neue Regeln für Krankschreibungen vor. Lohnabhängig Beschäftigte sollten generell erst ab dem vierten Tag zum Arzt oder zur Ärztin müssen, um sich eine AU zu holen.

Die Kapitalisten weisen die Überlegungen der Kassenärztlichen Vereinigung zurück. "Eine pauschale Verlängerung der Karenzzeit würde die Unternehmerseite zusätzlich belasten, ohne die strukturellen Probleme zu lösen", so die Bundesvereinigung der Deutschen Kapitalistenverbände (BDA). Diese Position teilt auch Geschäftsstelle der Kapitalverbände im Lande Bremen: Bereits jetzt gebe es hohe Krankenstände, diese stiegen durch eine Krankschreibung ab dem vierten Tag noch zusätzlich an. "Die damit verbundenen Zusatzkosten sind das Gegenteil dessen, was die deutsche Wirtschaft in einer momentan schwierigen Lage braucht".

Ist es nicht herrlich, wie schnell die Herren Kapitalisten auf ihr Lieblingsthema, den Lohnkosten zu sprechen kommen? Es bestätigt sich immer wieder, was Karl Marx in seiner Schrift „Lohn, Preis und Profit“ herausgearbeitet hat, nämlich, dass „die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion dahin geht, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken“. Dafür wird auch die Krankheit des Menschen genutzt, denn mit Abmahnungen, Androhungen von Kündigungen oder Versetzungen in unbeliebte Arbeitsbereiche, lässt sich der Beschäftigte bestens unter Druck setzen. Im Falle einer Nichtvorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung z.B. aufgrund einer psychischen Erkrankung muss der Betrieb das Entgelt nicht fortzahlen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die eher reaktionäre Kassenärztliche Vereinigung aufgrund des Fachkräftemangels Ähnliches fordert. Die Chancen sind allerdings gering: Deutschland hat in Europa eine relativ hohe Krankschreibungsquote, und die Kapitalisten dürften Lockerungen aus o.g. marxistischen Gründen kaum mitmachen.

Die Entwicklung geht auch eher in eine andere Richtung: CDU/CSU und SPD als zuverlässige Kapitalistenknechte haben im Koalitionsvertrag vereinbart, Online-Krankschreibungen über Plattformen in Zukunft abzuschaffen. ♦

### Fortsetzung von Seite 1 - Drohnenflut

Armee einzusetzen. Diese Worte hatten nun die Folge, dass die Bremer Polizeigewerkschaft beleidigt auf Maurers Worte reagiert hat. Die Polizei ist schließlich Tag und Nacht auf Wacht. Bei der Sail in Bremerhaven gingen aber Polizei und Armee wieder Arm in Arm auf die Sichtung nach Drohnen. Sie sichteten mehrere illegale Drohnen samt ihren Freizeitkapitänen die von den Schiffen Bilder machen wollten, was aber sofort polizeilich unterbunden wurde. Der Verfassungsschutz ist sich aber sicher, dass sie nicht die einzigen waren, die ihre Drohnen über Bremerhaven kreisen ließen.

Gemäß den Kanzler Worten: *Wir wissen nicht woher sie kommen. Putin will uns testen.*

Vizeadmiral a.D. Kay-Achim Schönbach teilt die feste Annahme der Bundesregierung nicht, dass die Drohnen von den russischen Geheimdiensten gesteuert werden, er zog diese Behauptung in Zweifel. *Im gesamten letzten Jahr, wurden in Norwegen 1.500 Drohnen-Sichtungen gemacht. Da hat kein Mensch davon gesprochen, dass es Russen sind,* sagte er.

Menschen mit politischer Verantwortung wüssten das, so Schönbach. ♦



Der Bremer Senat möchte eine erweiterte Überprüfung der "Verfassungstreue" vor der Einstellung von Beamt:innen einführen.

Die Ankündigung dazu kam zeitgleich mit dem Vorhaben, die Arbeitszeit für Beamte auf 41h pro Woche zu erhöhen, was den gewerkschaftlichen Achtstundentag angreift. Der Check der "Verfassungstreue" soll für die Landespolitik so aussehen: Meinungsäußerungen bei SocialMedia und anderen öffentlichen Quellen werden vor der Verbeamtung durchleuchtet.

Wenn es dabei einen "Anschein" von einer Haltung gibt, die dem jeweiligen Verständnis von "Verfassungstreue" widerspricht, wird eine Abfrage beim geheimdienstlichen Verfassungsschutz gemacht.

Diese Datenabfrage über sich selbst kann man zwar ablehnen, aber dann wäre man automatisch

sofort aus dem Bewerbungsverfahren ausgeschlossen.

Wir meinen: das staatliche Durchleuchten von Kolleg:innen führt zum Gegenteil: Verfassungsschutz-Behörden waren nicht nur in der Vergangenheit in rechte Netzwerke und sogar Anschläge verstrickt, sie stufen immer wieder Antifaschisten, Klimaaktivisten, Antimilitaristen und Antikapitalisten verschiedener Strömungen als "verfassungsfeindlich" ein. Solche Gesetzesinitiativen sind also Berufsverbote 2.0 und werden am Ende vor allem Linke, Kommunisten, Friedenskämpfer und Gewerkschafter treffen.

Die Frage die sich die Partei *Die Linke* gefallen lassen muss ist: Was nützt es, dass ihr in der Regierung seid und bei solchen existenziellen Themen nicht die Koalition zum Platzen bringt? ♦

## Pressemitteilung der DKP: Solidarität endet nicht mit einem Waffenstillstand



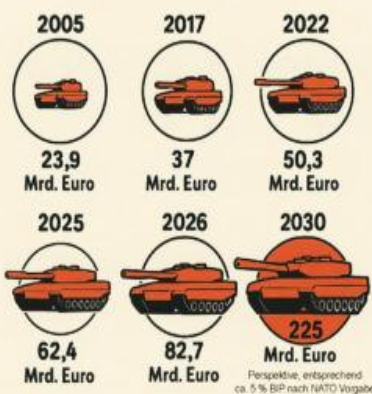
Auch auf den Straßen von Tel Aviv wird – wie hier am 22. Juli – ein Ende des Krieges in Gaza gefordert. Die rechtsextreme Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu will davon nichts wissen.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) begrüßt den Waffenstillstand im Gaza-Streifen. Er ermöglicht der palästinensischen Bevölkerung in Gaza, die unter dem andauernden Kriegsterror der israelischen Armee leidet und in den vergangenen zwei Jahren Opfer eines Völkermordes geworden ist, eine Atempause. Zudem könnten zahlreiche palästinensische Gefangene aus israelischen Foltergefängnissen freikommen. Aber: Im Schatten des Waffenstillstands bombardiert Israel völkerrechtswidrig den Libanon. Der Gaza-Streifen und seine Infrastruktur sind zerstört. Nach wie vor behindert Israel die Einfuhr von Lebensmitteln, viele Menschen hungern und versuchen, in ihre zerstörten Wohngebäude zurückzukehren ... | mehr:

<https://www.unsere-zeit.de/solidaritaet-endet-nicht-mit-einem-waffenstillstand-4808297/#more-4808297>

## Etatfragen sind Klassenfragen

### ENTWICKLUNG VERTEIDIGUNGSHAUSHALT



Quelle: Bundesfinanzministerium  
Nur die offiziellen Zahlen ohne versteckte Militärausgaben berücksichtigt.

Debattiert der Bundestag über den Staatshaushalt, lässt sich mühelos heraushören, dass die Botschaft im Grunde genommen seit Monaten, nein Jahren stets dieselbe ist: Die Nation wird von außen bedroht, also aufrüsten, zusammenstehen, Gürtel enger schnallen. Dabei stimmen weder Prämisse noch Schlussfolgerung. Aber das interessiert im „hohen Haus“ die wenigsten. Die Konsequenzen eines zu schröpfenden Sozialtats und einem mächtig aufgeblasenen Wehretat sind dabei klar: Die Kriegsgefahr wächst, die Armut auch. „Für die arbeitende Klasse ist nichts schlimmer als eine Kriegswirtschaft, erklärt Sophie Binet von der CGT, zu Recht. Jeder Euro, der für Waffen ausgegeben wird, ist ein Euro weniger für Krankenhäuser oder andere öffentliche Dienstleistungen“.

## Das Flugblatt von Johannes R. Becher | Stalingrad 1943

Ein Flugblatt kam herabgeweht.  
„Was da wohl geschrieben steht?“  
Sah der Soldat nach oben.  
Das Flugblatt fiel und fiel ganz nah.  
Und als er niemand weithin sah,  
Hat er es aufgehoben.

Das Flugblatt sprach ihn fragend an:  
„Was haben wir dir angetan,  
Dass du uns bringst Verderben?“  
Er hielt das Flugblatt in der Hand  
Und las und las, und er verstand:  
Es lohnt sich nicht zu sterben.

Er steckt es in der Stiefelschaft.  
Ihm war, als hätte neue Kraft  
Das Flugblatt ihm gegeben.  
Er pfiff und summte vor sich hin:  
Das Leben hat doch einen Sinn!  
Und ich – ich bleib am Leben!

Er dachte lang darüber nach.  
Im Traum zu ihm das Flugblatt sprach:  
Kein Leid wird dir geschehen.  
Das Flugblatt nahm ihn bei der Hand.  
„Ich kenn mich aus in diesem Land.  
Ich weiß wohin wir gehen.“

So ist er der Soldat, erwacht  
Und hat noch einmal nachgedacht  
Dann schrieb er an die Seinen:  
„Ihr meine Lieben, dass ihrs wisst,  
Wenn man mich meldet als vermisst  
Dann braucht ihr nicht zu weinen.“

Zum Flugblatt sprach er: „Kommt’s  
ist Zeit! Ich geh mit dir, du mich  
begleit!“ Und er ist fortgegangen.  
Er hob das Flugblatt hoch und hat  
Gelacht und winkte mit dem Blatt  
So gab er sich gefangen.

## Rüstung im Wandel der Zeit

von J.S.

In Zeiten der Hochrüstung, Waffenexporte in Kriegsgebiete und Militärmanöver der NATO in Osteuropa ist es wichtig vor die eigene Haustür zu blicken. Daher beziehe ich mich in diesem Artikel auf meine Heimatstadt Bremerhaven und gebe einen kleinen Überblick über die Bedeutung der Rüstung der vergangenen 90 Jahre.

Neben der Werftindustrie, Fischerei und Containerumschlag hat die geographische Lage der Seestadt eine grundlegende Bedeutung für militärische Zwecke.



Im Jahr 1935 wurde vom Naziregime ein Grundstein gelegt für die Nutzung als Marinestützpunkt. Mit der Errichtung eines Flottenstützpunkts und der Gründung einer Marineschule wurde Bremerhaven eine Bedeutung als Marinebasis für den 2. Weltkrieg beigemessen. In Folge dessen war die Stadt seit 1940 Ziel von Bombardements durch die britische Luftwaffe.

Der verhängnisvollste Luftangriff erfolgte am 18.09.1944. Die Bilanz betrug: Zerstörung von 97% der Innenstadt, über 600 Tote und 30.000 Obdachlose. 1945 bis 1993 war Bremerhaven für die US-Armee von strategischer Bedeutung. Mit über 4.000 Besatzungssoldaten war die Seestadt ein wichtiger Stützpunkt zwecks Versorgung der in Süddeutschland stationierten Truppen und der Verschiffung von Militärgütern.

Es regte sich während dieser Zeit auch Protest innerhalb der Bevölkerung gegen die Transporte. Wie 1983: über 30.000 Demonstrierende blockierten die Zufahrten zum Hafen, um gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen (NATO-Doppelbeschluss) zu protestieren.

Im Jahr 1991 demonstrierten tausende gegen den Transport von Waffen in den Irak (Zweiter Golfkrieg).

In den vergangenen Jahren hat die Bedeutung von Militärtransporten wieder zugenommen. Im Rahmen der NATO-Manöver in Osteuropa („Defender“, 2020 und „Air Defender“, 2022) und den Waffenexporten in die Ukraine seit 2022 hat Bremerhaven eine strategische Relevanz für Militärlogistik.

Hinzu kommt der ökonomische Aspekt: Das Bremer Logistikunternehmen BLG Logistics Group, welches zu 50,4% der Stadt Bremen und 12,6% der Bremer Sparkasse gehört, profitiert als städtischer Betrieb vom Umschlag der Militärgüter.

## Betr.: Wehrpflicht

### Recht auf Widerspruch – Mustertext gegen Datenweitergabe

Kürzlich hat die Bundesregierung eine neue „Wehrpflicht“ beschlossen, die die Mehrheit der jungen Generation ablehnt. DKP und SDAJ sind ebenfalls dagegen und unterstützen euren Widerstand.

Wir kämpfen mit euch gegen die neue „Wehrpflicht“! siehe auch >>> <https://bremen.dkp.de/youth/>

**Was viele nicht wissen:** Die Bundeswehr erhält von den Meldeämtern auch aus Bremen automatisch die Daten von Jugendlichen, die demnächst volljährig werden. Damit wird der Bundeswehr ermöglicht, schon unter Minderjährigen zu werben. Das Bundesmeldegesetz erlaubt Jugendlichen einen **Widerspruch gegen diese Datenweitergabe**. Hier der Link zum Mustertext-Widerspruch: <https://bsw-fraktion-brandenburg.de/wp-content/uploads/2025/09/Mustertext-Widerspruch.docx>

## Zum Tag der Republik: Was war die DDR?



Der **7. Oktober** war vier Jahrzehnte lang als “Tag der Republik” der Staatsfeiertag der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Wir bringen anlässlich des Feiertages Auszüge aus einem Text des Vorsitzenden der *Partei der Arbeit* Tibor Zenker, aus Österreich, der sich dem Wesen der DDR widmet.

Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Der erste Versuch im deutschsprachigen Raum, ein sozialistisches Gemeinwesen zu schaffen, sollte 40 Jahre währen und fiel vor 30 Jahren der Konterrevolution zum Opfer.

Die Konstituierung der DDR war die Antwort auf die Bedingungen und Probleme ihrer Zeit und Vorgeschichte: Der deutsche Faschismus hatte im Auftrag des Monopol- und Finanzkapitals die Arbeiterbewegung in Deutschland zerschlagen, die bürgerliche Demokratie ausgeschaltet und eine offene Diktatur mitsamt Terrorsystem errichtet. Die Nazis begannen einen imperialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg, mit dem sie den Großteil Europas der Zerstörung preisgaben, zig Millionen Menschen ermordeten und sich an mehreren Genoziden versuchten. Nicht das deutsche Volk brauchte neuen Lebensraum, sondern das Kapital Platz zur Entfaltung, Rohstoffe, Ressourcen, billigste Arbeitskräfte, Einflussphären, geostrategische Stützpunkte und Zugänge, um im Kampf um die imperialistische Hegemonialposition zu reüssieren. Nebenbei sollte mit der UdSSR der erste sozialistische Staat der Welt zerstört werden.

Doch es kam anders: Die Völker der Sowjetunion, die Rote Armee, die politische und militärische Führung der UdSSR, antifaschistische Widerstandsgruppen und Partisanen in vielen Ländern Europas rangen die faschistische Bestie unter immensen Verlusten nieder. (...) Wer aber den Faschismus als äußerste innere Konsequenz des Monopolkapitalismus nachhaltig besiegen und niederhalten will, muss seine Grundlagen, seine Wurzeln beseitigen – und diese liegen direkt im Kapitalismus und Imperialismus. (...)

Dass in den Ländern Ost- und Südosteuropas, aber auch in China damals volksdemokratische Staaten geschaffen wurden, die sozialistische Umwälzungen vollzogen, war die einzig richtige, die notwendige Reaktion darauf. Niemals war die Frage deutlicher gestellt: Sozialismus oder (Rückfall in die faschistische) Barbarei. Die DDR war die klare sozialistische und antifaschistische Antwort, die damals im Bereich der sowjetischen Verwaltungszone Deutschlands möglich war. Sie versprach Frieden, soziale Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Arbeit und Wohnraum für alle, staatliche Garantien im Bereich Bildung, Gesundheit und Altersversorgung als Selbstverständlichkeit. Sie versprach aber nichts Unmögliches.

Denn dies ist das zumeist angelegte falsche Maß, das in Bezug auf die DDR und andere sozialistische Länder angewendet wurde und wird: Kurz nachdem der Kapitalismus Europa in Schutt und Asche gelegt hatte, „erwartete“ man sich auf provokante Weise im Sozialismus, der tatsächlich aus Ruinen auferstehen musste, ein irdisches Paradies, die Verwirklichung einer Art Schlaraffenland, in der jedermann sofort wunschlos glücklich wäre. Doch das ist der Sozialismus nicht und kann es nicht sein. Auch ist der Sozialismus kein Narrenparadies, wo jeder tun und lassen kann, was ihm gerade in den Kram passt – diese Art von Individualismus hat nichts mit Freiheit zu tun. Die sozialistische Revolution ist kein Zaubertrick, mit dem alle Probleme der Welt und der Menschheit im Handumdrehen gelöst würden – sie schafft „nur“ die Möglichkeit, die Voraussetzung hierzu. Der Sozialismus, der bewusst aufzubauen, zu gestalten und zu verwirklichen ist, entsteht auf Basis des aus dem Kapitalismus Ererbten, er bedeutet Umgestaltung und Neuaufbau im Rahmen des Möglichen.

Und einen Teil des Möglichen bestimmt auch der Gegner, im Falle der DDR ein mächtiger, hochgerüsteter imperialistischer Block, der danach trachtet, den Sozialismus im Kindesalter zu erdrosseln, ihn stetig zu

bedrohen mittels Militärbündnissen wie der NATO, mit tausenden Atomsprengköpfen und hunderttausenden Soldaten an seinen Grenzen, mit Wirtschaftsblockaden, Sabotage und feindlicher Propaganda – denn das war der Inhalt des fortgesetzten Klassenkampfes, der konterrevolutionären Bemühungen seitens des kapitalistischen Westblocks. Unter diesen schwierigen Bedingungen entstand die DDR und wurde im Osten Deutschlands der Sozialismus aufgebaut.

Frieden und Existenzsicherheit, technologischer und gesellschaftlicher Fortschritt, neue menschliche und Produktionsbeziehungen ohne Ausbeutung, Abbau der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Sprache etc., sozialistische Kultur, Kunst und Freizeitgestaltung sowie nicht zuletzt der bedingungslose Antifaschismus als Staatsräson gehören zu den großen Errungenschaften der DDR – eine Gesellschaft und eine Wirtschaft, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen, nicht der Profit der Banken, Konzerne und Unternehmen, nicht die Expansion des Militarismus und Imperialismus. Dies ist nur möglich auf Grundlage des Volkseigentums an den Produktionsmitteln und der politischen Macht der organisierten Arbeiterklasse, vermittelt durch deren höchste Klassenorgane und -Organisationen, darunter nicht zuletzt die marxistisch-leninistische Partei, im Falle der DDR die SED. Und ein solches Staatswesen braucht im Existenzkampf natürlich Schutz in notwendiger legislativer, juristischer, polizeilicher, militärischer und nachrichtendienstlicher Form, nämlich vor den imperialistischen Staaten und deren konterrevolutionären Machenschaften, vor gedungenen oder irreführten Umstürzlern, vor feindlichen Agenten, Terroristen und Saboteuren – eine Selbstverständlichkeit für jeden bürgerlich-kapitalistischen Staat, doch dem Sozialismus will man daraus einen moralischen Strick drehen. (...)

Freilich, die DDR war nun mal nicht „perfekt“ und konnte es nicht sein, natürlich hatte sie Fehler, Schwierigkeiten und Probleme – schließlich ist der Sozialismus auch nicht das eigentliche historische Ziel der marxistischen Arbeiterbewegung, sondern eine Übergangsgesellschaft. Das Ziel ist die klassenlose Gesellschaft des vollständigen Kommunismus, die bislang logischerweise nirgends erreichbar war. Die perfiden Gegner des Sozialismus aber, darunter nicht zuletzt die besonders cleveren Sozialdemokraten, „akzeptieren“ nur einen Sozialismus, der perfekt ist, der ein märchenhaftes Traumland ist, in dem sich alles wie von Zauberhand in Wohlgefallen auflöst und die proletarische Staats- und Ordnungsmacht jeden konterrevolutionären „Dissidenten“, jeden subversiven Clown oder Klassen- und Staatsfeind lediglich mit Samthandschuhen tätschelt – wenn es das nicht gäbe, so könne man gleich beim Kapitalismus bleiben. Das sind freilich überaus mutige Maßstäbe zur Rechtfertigung eines Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems, das bis dato zwei verheerende Weltkriege zu verantworten hat, die Verbrechen des Kolonialismus, den Faschismus, den Holocaust, den Einsatz von Atomwaffen, die Verurteilung ganzer Regionen und Kontinente zu Armut, Hunger und Tod, damit in den fortgeschrittensten Ländern ein gewisses Grundniveau in der Reproduktion der Arbeitskraft gesichert ist und die Arbeiterklasse nicht aufbegehrt. Und sollte sie es doch tun, so folgen im Zweifelsfall Repression, Notstandsgesetze, Staatsstreich, Militärputsch und Faschismus. Um es auf den Punkt zu bringen: Selbst der „schlechteste“ Sozialismus – und dies war die DDR keineswegs – ist besser als der „beste“ Kapitalismus. Und der sozialdemokratische und linksopportunistische Ponyhof-„Sozialismus“ bleibt ohnedies eine naive Illusion, irgendwo jenseits des Regenbogens und des gesunden Menschenverstandes.

Seit der so genannten „Wiedervereinigung“ Deutschlands, die vielmehr die Annexion der DDR durch die weiter bestehende BRD war, hat sich dies in jeder Hinsicht bestätigt: Kohls „blühende“ Landschaften in den „neuen Bundesländern“ sind voll von Industrieruinen und „marktregulierten“ Beschäftigungslosen, verlassen und heruntergekommenen Ortschaften mit einer großen Zahl an Menschen, die für den Kapitalismus nicht einmal mehr ausreichend profitbringend verwertbar sind – sie erhalten Minimalbildung und staatliche Almosen auf niedrigstem Niveau, von denen man sich nicht einmal anständig ernähren kann.

Die verständliche Verzweiflung und die berechtigte Empörung der Menschen im Osten Deutschlands lenkt man ins politisch rechtsextreme Spektrum, denn dieses ist ein Verbündeter, ja immanenter Teil des Kapitalismus – und bleibt im Sinne einer autoritären bis faschistischen Staatsausrichtung seine strategische Reserve. (...) ◆

Den gesamten Artikel von Genossen Tibor Zenker kannst du nachlesen unter:

<https://zeitungderarbeit.at/feuilleton/geschichte/zum-tag-der-republik-was-war-die-ddr/>